

**Eine kleine Zusammenfassung am Schluss der Tagung der Erziehungshilfeverbände
„Das Grundrecht auf Wohnen – (auch) eine Frage der Kinder- und Jugendhilfe“
am 19.05.2020**

Hans-Ullrich Krause, IGfH

Es steht außer Frage, dass sich die Jugendhilfe und ihre Fachverbände bzw. weitere Interessierte mit einem Thema beschäftigen müssen, welches bislang eher randständig in den Diskursen der Profession gestanden hat, nämlich dem Grundrecht auf Wohnen. Zumal auch die Jugendhilfe selbst an problematischen Entwicklungen in Teilen auch beteiligt ist.

Wir hatten Gelegenheit zunächst neben einer Einführung fünf aufgezeichnete Beiträge anzusehen und anzuhören, die das Feld und Thema umreißen, um welches es hier geht. Fünf Beiträge, die m. E. sehr genau, kritisch und fassettenreich Hintergründe, Probleme, Zusammenhänge und nötige Fragestellungen aufgezeigt haben.

Vielen Dank an *Jutta Henke* für diese hochinteressanten Forschungsergebnisse, die deutlich machen, wie viele Familien mit Kindern wirklich von Wohnungsnotstand und Wohnungsverlust betroffen sind. Dies zeigt, wie ernst die Lage ist! Auch die dabei deutlich gewordenen Hintergründe sind für die Sozialpolitik, aber eben auch für die Wohnungswirtschaft wie für die Jugendhilfe von höherer Bedeutung.

Dank an *André Neupert* für den immer wichtigen Einblick in die Arbeit von „Momo“, einer Organisation, welche wir als Fachverbände der HzE bereits einige Jahre lang kooperativ begleiten. Die Erörterungen zur Lebenswelt der „Straßenkinder“, der jungen Menschen also, die i. d. R. wohnungslos sind und ihr Dasein auf Straßen, Plätzen, Bahnhöfen gestalten. Von denen wir viel lernen können, wenn wir ihnen nur zuhören würden.

Alexander Rychter hat uns eine sehr genaue Beschreibung der Wohnungswirtschaft in diesen Zusammenhängen ermöglicht. Vielen Dank dafür! Es ist wichtig, dass wir als sozialpädagogische Fachkräfte besser wissen, wie dieser Wirtschaftszweig, der es ja ist, tickt, welche Positionen vertreten werden und was deren Themen sind. Und ja, wir brauchen in Deutschland einen breiten sozialen Wohnungsbau. Die Gesellschaft muss sich den unangenehmen Fragen stellen, wie soll sozialer Wohnungsbau möglich sein bei explodierenden Grundstückspreisen, bei immer höheren Baupreisen, bei einer wachsenden Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger, die jedes Stück Wiese, jeden Baum, jeden freien Blick verteidigen. Und es ist wichtig, dass das wieder Konsens wird und dass nicht die einen protestieren, weil just in ihrer Gegend ein Haus entsteht für junge Leute.

Ganz besonders auch der Blick auf ein spannendes Projekt, den uns *Roland Meier* gewährt mit der Initiative „Häuser für Dortmund“. Es möge als Beispiel von vielen aufgegriffen werden und Nachahmung in der einen oder anderen Weise haben.

Und vielen Dank an *Angelina Schmidt* für ihren Beitrag (Zur Ruhe kommen – Frauen in Frauenfrieden „PFIFF“). Wie leben junge Frauen, junge Mütter, wenn es schwierig wird, ein Dach über dem Kopf zu haben bzw. Sicherheit und Zuwendung zu erfahren. Eine so wichtige Arbeit, ein so wichtiges Angebot.

Ganz unterschiedliche Blickwinkel, die uns hier vor allem mit Fragen konfrontieren und einigen wesentlichen Ideen, die es aufzugreifen gilt.

Wolfgang Schröer hat schließlich in seinem Vortrag und später im dokumentierten Gespräch mit *Björn Hagen* vorgeschlagen, dass wir die Erziehungshilfen als Infrastruktur kommunaler Sozialpolitik begreifen müssen. Die jeweilige Erziehungshilfe muss sich stärker als Teil des lokalen institutionellen Gefüge des Aufwachsens begreifen, fordert er. Sie kann nur gelingen, dies zeigt der Wohnungsnotstand, wenn sie im Kontext einer kommunalen Sozialpolitik sozialer Teilhabe junger Menschen steht.

Diesen Gedanken greift auch die Frankfurter Erklärung der Erziehungshilfeverbände unter dem Titel „Das Grundrecht auf Wohnen für alle jungen Menschen verwirklichen!“ auf. Hier will ich vor allem auf die sehr konkreten Forderungen der *Care Leaver* eingehen.

Ich beziehe mich vor allem darauf, weil diese Forderungen deutlich machen, dass wir zum einen dringend auf politischer und fachpolitischer Ebene für mehr sozialen Wohnungsbau, für preiswerte Wohnungen, für bessere Zugangsmöglichkeiten, für behindertengerechtes Wohnen eintreten müssen. Auf der anderen Seite geht es aber um uns selbst, um unser Feld der *Sozialen Arbeit* und der *Hilfen zur Erziehung*. Wir selbst können und müssen auch von uns mehr verlangen, als wir bisher leisten, wenn es z.B. um Übergänge aus der stationären Hilfe in eigenen Wohnraum, um das selbstständige Leben nach der Jugendhilfe geht. Das sollten wir uns vor allem vornehmen und hier greife ich auf einige wenige Forderungen zurück. Die Forderungen selbst können Sie unserer Frankfurter Erklärung entnehmen, ich füge ein paar Worte an und will diese Forderungen also unterstützen.

Gefordert wird, dass die Hilfe so lange dauern muss, wie es der junge Mensch braucht. Dabei muss Hilfe kreativ gestaltet werden. Es muss auch möglich sein, zu unterbrechen, Phasen der Nichthilfe und der Hilfe wechseln sich ab. Es braucht mehr individuelle Lösungen und mehr Offenheit.

Eine ewige Forderung, die sowohl die öffentliche wie auch die freie Jugendhilfe aus unerfindlichen Gründen nicht wirklich aufgreifen mag, ist das Recht auf Rückkehr. Und wenn es nur zwei Monate sind, die man braucht, um sich neu zu sortieren oder um die Probleme in den Griff zu bekommen, die man hat, weil man es z. B. nicht geschafft hat, die eigene Wohnung zu halten oder diese eine Absteige für Viele wird. Gründe gibt es viele, dass ein junger Mensch auch nach Abschluss der Hilfen noch einmal dahin zurückgehen möchte, wo er groß geworden ist. Und wir müssen die Tür offen halten und nicht zuschlagen.

Unabdingbar, kein Hilfeende ohne eigene Wohnung! Und dazu gehört auch eine gesicherte Finanzierung und zwar nicht nur der Wohnung, sondern auch der Ausbildung usw.

Junge Menschen, die in der Jugendhilfe „groß geworden“ sind, müssen mehr Unterstützung erhalten als das vielleicht bei jungen Erwachsenen nötig ist, die in „normalen“ Zusammenhängen groß werden. Jede Investition ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Investition in die Zukunft dieser jungen Menschen!

Um Übergänge gut meistern zu können, muss die Jugendhilfe geeignete, methodisch untersetzte, gesonderte Programme vorhalten und anbieten. Man kann das auch

Übergangsmanagement nennen. Aber es muss bewusster werden, dass dieser besondere Vorgang des Selbstständig-Werdens auch Zeit braucht, dass es dabei immer Konflikte gibt, dass es ein vor und zurück gibt usw. und dass wir dafür Prozesse der Unterstützung gestalten müssen, die sich am Jugendlichen orientieren und nicht an den Organisationen der Jugendhilfe oder den Meinungen der Fachkräfte.

Und schließlich: Die Kostenheranziehung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss endlich beendet werden. Gerade wenn es um Wohnungen geht. Jugendliche müssen die Chance haben, finanziell auch Vorsorge betreiben zu können. Zum Beispiel sparen Kinder schon mit elf oder zwölf Jahren für ihre Mietkaution Geld vom Taschengeld. Ist das eigentlich denen bewusst, die noch immer daran hängen, die jungen Leute eben doch an den sie betreffenden Kosten zu beteiligen? Es muss umgekehrt sein. Wir als Gesellschaft müssen auch im Übergang für diese jungen Menschen sorgen und ihnen nicht noch die finanziellen Eigenmittel entziehen.

Und die Jugendhilfe muss sich dringend stärker als Unterstützungsagentur für schulische und berufliche Ausbildung machen. Die *Soziale Arbeit* soll nicht die Schule übernehmen, aber sie muss Bedingungen schaffen, dass jeder junge Mensch schulisch erfolgreich ist. In jeder Einrichtung muss es Unterstützung beim Lernen, Nachhilfeunterricht, Lernprogramme geben. Jeder junge Mensch muss, wenn er das wünscht, Hilfe erhalten. Jeder, der die Chance hat zum Gymnasium zu gehen, muss das auch tun können.

Mit anderen Worten: Ja, von dieser Tagung sollten Signale ausgehen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt sensibler machen für das Problem, dass junge Menschen Wohnungen brauchen, dass sie ein Recht auf eine Wohnung haben. Aber wir sollten auch dazu aufrufen, uns selbst um die Sachen zu kümmern, die dringend anstehen. Keine Ausreden, keine Ausflüchte, wirklich etwas tun, das wäre so wichtig!